

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erstausgabe: Dienstag,  
Donnerstag, Samstag  
Druck und Verlag:  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter:  
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Fernruf Nr. 584.

Nr. 65.

Samstag, den 5. Juni 1920.

28. Jahrgang

### Erziehung zur Arbeit.

Man schreibt uns: Wir geben — wenn anders das deutsche Volk wieder hochkommen soll — einem Zeitalter der Arbeit entgegen. Da wirkt es denn ebenso grotesk wie schädlich, wenn in Form der allgemeinen Arbeitslosenversicherung Entschädigungen für Nichtstun gewährt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus sind in der Tagespolitik schon wiederholt Stimmen laut geworden, die einen Arbeitszwang in den verschiedensten Formen fordern, sei es, um die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern, sei es, um dem Staat durch Ausnützung der brachliegenden Arbeitskräfte finanziellen Gewinn zu verschaffen. Beide sind gewiss lobliche Ziele. Aber wie sieht es mit der Durchföhrung aus?

Ein Arbeitszwang könnte sich nur auf diejenigen erstrecken, die nicht im Erwerbsleben stehen. Er tröfe also diejenigen, die keine Arbeit finden, weil sie geistig oder körperlich minder fähig sind als andere, dann diejenigen, die — weil faul — keine Arbeit finden wollen, endlich auch die unschuldig Arbeitslosen. Nebenfalls würde der Arbeitszwang mit sich bringen, daß die zur Arbeit Gezwungenen ein mehr oder weniger als Schande empfundenes Leben in einer Arbeitsorganisation zu führen. Den sittlichen Charakter solcher Zwangsorganisationen, den praktischen Wert der durch sie geleisteten Arbeit, endlich den Nachschuß an Aufwuchspersonal kann man sich denken. Im menschlichen Aussehen finden wir die Arbeitslosen, die zwar für großzügige Verwendung zu gemeinsamen Arbeiten, insbesondere zur Herstellung des Verkehrs gedacht sind, die aber darunter leiden, daß ihre Aufwuchsleistung dazu gequält werden, ihnen also das Odium des Nichtstuns einzuflößen.

Es dem ebenfalls schon erörterten und beschränkten Recht der freiwilligen Meldung zu einer umfassenden praktischen Erwerbslosenfürsorge zu kommen, ist — zumal bei dem heutigen Tiefstand der Moral, dem Ueberwiegen der Prinzipien über das Pflichtbewußtsein — nicht möglich, auch einige tüchtiche Ausnahmen (Arbeitsgenossen) dazwischen zu drücken, die darüber nicht hinweg täuschen können.

Man, das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Jugend, muß planmäßig zur Arbeit erzogen werden. Die Arbeit soll nicht nur um des Erwerbs willen, sondern mit Lust und Liebe getan werden und zur Zufriedenheit führen: das ist nur möglich durch Einführung einer weitgehenden Erziehungsschule nach der Volksschule und Mittelschule. Alle Eltern, alle nur einigermaßen erfahrenen Beamten und Arbeiter, Bürger und Bauern, haben das Gefühl, daß diese Erziehungsschule sicher schon schwer vermisst. Denn aus sich selbst heraus werden nur wenige höhere geistige Exemplare von Menschen freiwilligen Gehorsam und Selbsttätigkeit lernen.

Früher hatten wir die allgemeine Wehrpflicht, auch wenn sie schon rein als Disziplinschule der deutschen Jugend bitter not, wir müssen sie uns versagen, der Frieden um Versailles verteidigt sie uns. Aber, ohne in Konflikt mit dem Friedensvertrag zu kommen, gibt uns die Verfassung des Deutschen Reiches eine Möglichkeit, die nicht ungenützt bleiben darf. Der Art. 133, 1. Abs. 1 lautet: „Alle Staatsbürger sind verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetzgebung persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten.“ Also, man schaffe durch ein Gesetz die allgemeine Arbeitspflicht als staatsbürgerliche Pflicht. Nur auf eine solche sittliche Grundlage gestützt kann eine Arbeitspflicht praktisch durchführbar, kann sie sich national-wirtschaftlich auswirken, kann sie durch wirtschaftliche Modernisierung eine wirtschaftliche Erhebung des deutschen Volkes herbeiführen und uns dadurch ohne kriegerische Erhebungen wieder Weltgeltung verschaffen.

### Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. Juni 1920.

**Wählerversammlung.** Die am Mittwoch im „Deutschen Hof“ von der S. P. D. einberufene Wählerversammlung war die bisher am stärksten besuchte Wählerversammlung Schiersteins. Der starke Besuch war, wie bemerkt werden soll, auf die zahlreich erschienenen Wählerinnen zurückzuführen, die aufmerksam dem Vortrag der Referentin, Stadtr. Frä. Vittorf, Frankfurt, lauschten. Die Vortragende, die das Thema behandelte: „Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ führte aus, zum 2. Male vorüber am 6. Juni die deutschen Frauen und Wählerinnen mitzubestimmen haben, wie in Zukunft das deutsche Reich verwaltet werden solle. Nur 19 Millionen Männer sind wahlberechtigt, gegenüber 21 Millionen Frauen und Mädchen, deshalb liegt die Entscheidung bei ihnen. Die Referentin zählt alles auf, was die Sozialdemokratie für

das arbeitende Volk herauszuholen bemüht war, während in der Nationalversammlung die Unabhängigen beiseite standen, zum Teil sogar mit den Konservativen gegen Gesetze stimmten, die für die Arbeiterschaft vorteilhaft waren. Ein Gesetz, das Millionen ein Jahrhundertlang niederdrückte, die Gefährdung, fiel unter dem Angriff der Sozialdemokratie. Auch religionsfeindlich sei die S. P. nicht, das sei eine bewusste Lüge der Gegner, sie wünsche nur, daß die christliche Religion nicht nur auf den Lippen getragen, sondern auch nach der Lehre des Nazareners gehandelt würde. Wenn nun von den Gegnern behauptet würde, die Sozialdemokratie hätte „die Front von hinten erdolcht“, so sei das ebenfalls eine grobe Fälschung, wer draußen war, wisse, wie die Korruption in der Stuppe wie auch in der Heimat zermührend auf die Frontsoldaten wirken mußte. Auch wenn unsere tapferen Kämpfer, die 4 Jahre lang einer zehnfachen Uebermacht standhielten, auf Urlaub kamen, so mußten sie sehen, wie Reklamierende sich Vermögen anhäufen konnten, während des Kämpfers Angehörige Hunger und bittere Not leiden mußten. Daß dies alles auf die Front wirken mußte, ist von Einsichtigen längst anerkannt, und daß dies alles zusammen mit der feindlichen Uebermacht den Zusammenbruch bringen mußte, ist schon eine längst erwiesene Tatsache. Mit der Aufforderung an die Arbeiterschaft, einig zu sein und allen Hader beiseite zu stellen, damit wir sagen können: „Hinter uns Nach, vor uns das Licht, der Tag!“ schloß die gewandte Rednerin ihre von lautem Beifall begleiteten Ausführungen. — Vors. Gg. Schäfer forderte die Anwesenden, evtl. anwesende Gegner, zu reger Diskussion auf. Es meldete sich niemand. Nur Herr Stollbrock von der U. S. P. stellte folgende Anfrage: Ist die Mehrheitssozialdemokratie die einzige Partei, die für die Arbeiterschaft gewirkt hat? — Die Referentin gab ihm eine Antwort, in der sie nochmals aufzählte, was die S. P. D. Deutschlands für die unteren Klassen getan habe. Sie zählte aber auch auf, was die U. S. P. nicht getan hat für die Arbeiterschaft. Rauschender Beifall folgte ihren Worten. — Herr Eimer ergriff auch nochmals das Wort zu längeren Ausführungen, die beifällig aufgenommen wurden. — Die Referentin erhielt sodann das Schlusswort, in dem sie hauptsächlich die Kriegskreditbewilligungen durch die S. P. D. freiesie, die sie voll berechtigt anerkannte. Denn diese Kredite waren nötig, um unseren Kämpfern Waffen zur Verteidigung zu liefern, aber auch den Frauen und Kindern Unterhaltung zu gewähren. Sie fordert nochmals auf, am 6. Juni die Scheidemanteliste zu wählen. — Herr Gg. Schäfer schloß die Versammlung mit der Aufforderung, zu werden für die S. P. D., damit der Wahlsieg ein Ehrenzug wäre für die Partei.

**Die zweite Wahlversammlung der Deutschen demokratischen Partei am Mittwoch abend war zwar etwas besser als die erste, aber immer noch sehr mäßig besucht. Nur nur wenigen Ausnahmen waren nur Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei erschienen. Der Referent, Herr Dr. Schweizer, geniesst in den Kreisen seiner Partei großes Vertrauen, aber auch der politische Gegner muß ihm Achtung abgewinnen, weil er eine politische Anschauung mit seltener Aufrichtigkeit und ehrlicher Ueberzeugungstreue vertritt. Aber bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit kennt er seinem politischen Gegner gegenüber keine Gnade, der sich erlaubt, ihm in einer öffentlichen Versammlung entgegenzutreten. In diesem Augenblick wirft er in seinem lebhaften Temperament alle Grundsätze der Demokratie über den Haufen und „erschmettert jeden, der sich seinen Anschauungen gegenüberstellt.“ In solchen Situationen läßt er seinem Gefühl und seinem Herzen alle Zügel schiefen, während er seinen klugen Verstand oft erst nach einer solchen Rede zu Wort kommen läßt. Diesmal hatte es ihm das Amtsblatt der Deutschen Volkspartei angetan, das unter der Ueberschrift „Der Auszug der Enträuschten“ darlegt, daß und aus welchen Gründen viele und namhafte frühere Anhänger der Demokratischen Partei in die Deutsche Volkspartei übergetreten sind. Er bezeichnete den Wahlsfeldzug der Deutschen Volkspartei als Lüge und Verleumdung und stellte ein langes Sündenregister dieser Partei auf, das er mit den entsprechenden Beweisen belegte. Es sei nicht zu leugnen, daß Austritte aus der Deutschen Demokratischen Partei erfolgt sind, aber auch bei anderen Parteien zeige sich dasselbe Bild, und es sei deshalb unrecht, der Deutschen Demokratischen Partei immer wieder diesen Vorwurf zu machen. In der Deutschen demokratischen Partei seien, wie auch im Zentrum alle Stände und Berufe bis zum Arbeiter**

vertreten und da sei es selbstverständlich, daß durch verschiedene Berufsinteressen sehr leicht Reibungsflächen entstehen. In dieser Beziehung habe die Demokratische Partei mit dem Zentrum etwas Gemeinsames, wenn auch die Weltanschauungen der beiden Parteien weit auseinandergehen. Dort sei es die Religion, die die Menschen der verschiedenen Stände zusammenführe und hier die alte demokratische Idee der Gleichheit der Menschen, deren Ausgangspunkt bis zu Christus, dem größten Demokraten, zurückreiche. Mit den Prinzipien der Demokratischen Partei seien auch namhafte Vertreter anderer Parteien einverstanden; warum also dieser ewige Kampf? Die Ursache sei meist nur in Personenfragen zu suchen. Es sei leichter in die Opposition zu gehen und alle Verantwortung auf diejenigen abzuladen, die aus besten Absichten an der Erhaltung des Vaterlandes mitarbeiten. Die Herrschaft von rechts sei ebenso gefährlich, wie eine solche von links, beide würden uns ins Elend treiben. Das sozialistische Programm sei nur ein wissenschaftliches Problem, das niemals in die Praxis umgesetzt werden könne. Das hätten die Führer auch längst erkannt. In seinen weiteren Ausführungen entwarf der Redner ein Bild unserer finanziellen Lage, das an Trostlosigkeit alles hinter sich ließ, was bis jetzt darüber geschrieben und gesprochen worden ist. Jetzt wolle man der Regierung alle Schuld zuschieben, die doch nur die Rolle eines Konkursverwalters übernommen während uns die Rechte in diese Schuldenswirtschaft hineingerieben habe. Redner verteidigte den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung über den Krieg und die Friedensmöglichkeiten, worauf das Volk berechtigten Anspruch habe, ebenso den Generallieutnant nach dem mislungenen Kapp Putsch, den auch die Rechte für ihre Zwecke als erlaubtes politisches Machtmittel ansieht. In seinen Darlegungen zum Schluß kommend, feierte Herr Dr. Schweizer den demokratischen Gedanken, der dazu berufen sei, den Menschheitsfrieden in der Welt zu organisieren im Gegensatz zur Organisierung des Krieges und der Vernichtung. Wer diesem Gedanken zur Durchsetzung verhelfen wolle, dem könne die Wahl am 6. Juni nicht schwer fallen. — Da sich niemand zur Diskussion meldete, schloß der Vorsitzende, Herr Schlossermeister Carl Kaiser, die Versammlung.

**Pfarrer Philipp hielt gestern abend im vollbesetzten Saale der „Drei Kronen“ eine Wahlrede, packend und ergreifend zugleich, von hoher idealer Parteierhab an seine nassauischen Freunde. Pfarrer Philipp als Meister des Wortes und genauer Beobachter und Kenner der Volkspsyche weiß, welche Töne anzuschlagen sind, um das Volk mit sich fortzuführen. „Viel andere zogen vor ihm aus“ und vermochten nicht, unsere Wählermassen zur Teilnahme an einer Wählerversammlung aufzurütteln. Nur bei Philipp sahen sie sich wieder die Vertreter aller Parteien und aller Stände und hörten andächtig auf die begeisterten Worte des glänzenden Redners. Auch Pfarrer Philipp konnte zwar für den Politiker und alle diejenigen, die die Ereignisse der letzten Zeit nicht ganz oberflächlich verfolgt haben, nicht viel neues sagen, aber die Art seines Vortrages, die Wahl und der Nachdruck seiner Worte waren von verblüffender Wirkung. Er hob mit eindringlichen Worten die eminent hohe Bedeutung des Wahltages hervor, die ebensovichtig sei als die 1. Zt. bei der Wahl zur Nationalversammlung. Es handele sich um nichts geringeres, als um die Frage, ob wir überhaupt noch eine Zukunft zu erwarten haben. Der 6. Juni sei nicht allein ein nationaler, sondern auch ein Tag für ganz Europa. Das deutsche Volk halte am 6. Juni Gerichtstag ab über sich selbst. Kein gefährlicheres Experiment könne es geben, als an diesem Tag auf eine falsche Karte zu setzen, es sei sonst nicht ausgeschlossen, daß das deutsche Volk zum letzten Mal zu einer Reichstagswahl schreite. Er beklagte die nationale Unfertigkeit und politische Unerzogenheit des deutschen Volkes, das nur zum Gehoriam und Kopfnicken erzogen worden sei und sich jetzt so unvermittelt selbst regieren solle. Er geriet in seinem Vortrag in die höheren Sphären der Politik und stellte fest, daß nach Bismarcks Abgang ein verhängnisvoller Irrweg beschritten worden sei, der schließlich zum Kriege führen mußte. In diesen hätten die alldeutschen Epigonen zwar die Annerkennungslüste, nichts aber vom Geiste Bismarcks hinübergerettet. So sei es gekommen, daß die militärischen Führer den wirklichen Tatsachen auf dem Kriegsschauplatz und der Stimmung im eigenen Heere und Volke gegenüber so lange blind waren, bis sie eines Tages selbst innerhalb 24**



Stunden den Waffenstillstand verlangten. Durch die Flucht des Kaisers, die ihm die Heeresleitung an-geraten habe, sei der letzte Halt verloren gegangen und jeder habe gefühlt: Jetzt beginnt eine neue Zeit, die Zeit der sozialen Gleichberechtigung, die Zeit, wo jede Bevorteilung eines Standes aufhört, weder von rechts noch von links. Ob das Volk imstande ist, den sozialen Ausgleich herbeizuführen, darüber wird die Entscheidung am 6. Juni fallen. Eine regierungsfähige Mehrheit nach innen und eine verhandlungsfähige Mehrheit nach außen sei das einzige Mittel unserer Rettung. In ein-dringlichem Ernst lenkte der Referent am Schlusse seiner tiefgründigen Ausführungen die Aufmerksamkeit auf die Flammenzeichen hin, die im Osten aufstiegen. Was droht uns, wenn der russische Dampfwalze vor Deutschlands Grenzen kein Ziel gesetzt wird wie ehemals an den massurischen Seen und über ein uneiniges, zerrissenes Volk hinwegrollt? Nichts anderes als Ver-nichtung ähnlich der eines dreißigjährigen Krieges. Gegen diese verzweifelnenden Ausblicke soll der Wahlzettel am 6. Juni unser Kampfzeichen sein. Nur die nationale Demokratie verbürge die Zukunft Deutschlands. Brausender Beifall lohnte den Redner für seinen 1/2 stündigen Vor-trag. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach kurzen Dantesworten des Herrn Dr. Schweizer erhielt Herr Pfarrer Philippi das Schlusswort, in welchem er besonders den Landwirte stand ermahnte, sich keiner Partei in die Arme treiben zu lassen, die ihm mehr verspricht. Wir sollen nicht unzeitgemäß handeln, nicht rückwärts schauen, sondern vorwärts, und bedacht sein auf den sozialen Ausgleich, die langsame Weiterbildung, die nationale Selbstbestimmung. In Erinnerung an die Gefallenen sollen wir sorgen, daß endlich der Riß im Volke sich schließt, daß wir das Ganze sehen über die Partei, auf daß noch einmal eine deutsche Zukunft komme. Das Volk, das zuerst geschlossen eins wird mit sich, dies wird führend werden und wegweisend für die Zukunft. Darüber wird entscheiden der 6. Juni.

**\*\* Hinweis.** Die Sozialdemokratische Partei hält heute abend ihre letzte Wahlversammlung im „Deutschen Kaiser“ und die U. S. P. eine solche im Deutschen Hof“ ab.

**b. Ärzte und Krankentassen.** Die Sperrung gegen-über der Eisenbahnbetriebskrankentasse ist aufgehoben worden. Mit dem Krankentassenverband sind die Verhandlungen noch nicht beendet, doch wird auf eine baldige Beendigung des Konfliktes gehofft.

**\*\* Ueber die Technik der Reichstagswahlen** herrscht vielfach noch Unklarheit. Es ist uns der Wunsch aus-gesprochen worden, die Einzelheiten des Wahlverfahrens kurz zu schildern:

Jeder Wahlberechtigte übt sein Wahlrecht in der Weise aus, daß er am 6. Juni in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends seinen Stimmzettel im amtlichen Wahlumschlag in dem Wahllokale des Bezirkes seines Wahlkreises abgibt, in dessen Wählerliste er steht. Nur Wähler, die sich in der Wählerliste haben streichen lassen und dafür einen Wahlschein erhalten, können in jedem beliebigen Wahllokale im Kreise wählen. Sobald nach Schluß der Wahlhandlung die Zählung der Stimmen ergibt, daß 60 000 Stimmen in einem Wahlkreise auf eine bestimmte Kreiswahlliste abgegeben sind, ist der erste der auf dieser Liste stehenden Kandidaten gewählt; sobald 120 000 festgestellt sind, der zweite, sobald 180 000 festgestellt sind, der dritte, und so fort. Die Feststellung der Ergebnisse dieser Kreiswahlen ist also sehr einfach. Es muß natürlich darauf geachtet werden, daß keine Wahlergebnisse aus einzelnen Orten und Bezirken doppelt gezählt werden. Sonst aber beschränkt sich die ganze Arbeit auf ein Zusammenzählen der auf die einzelnen Wahlvorschläge gefallenen Stimmen.

Die auf einen Kreiswahlvorschlag gefallenen Stim-men, die nicht die Zahl von 60 000 erreichen oder aber die Stimmen, die verbleiben, wenn die Gesamtstimmen-zahl des Wahlvorschlages durch 60 000 geteilt wurden, sind die Reststimmen. Alle Reststimmen der letzteren Art werden dem Wahlkreisverbande überwiesen, falls recht-zeitig die Verbindung des betreffenden Kreiswahlvorschlags mit dem Verbands erklärt wurde. Die Reststimmen der ersteren Art, die also die Zahl von 60 000 nicht erreichen können dem Verbande nur dann überwiesen werden, wenn wenigstens in einem der verbundenen Kreise auf den be-treffenden Kreisvorschlag 30 000 Stimmen gefallen sind. Für je 60 000 der so im Wahlkreisverbande zusammen-kommenen Stimmen wird der nächste Kandidat des Kreiswahlvorschlages, für den sie abgegeben sind, als ge-wählt erklärt.

Die bei diesem Verfahren auch im Wahlkreisverbande verbleibenden Reststimmen und ebenso die im Wahlkreis-verbande nicht zu berücksichtigenden Reststimmen der Kreis-wahl werden dem Reichswahlvorschlage überwiesen, wenn rechtzeitig erklärt ist, mit welchem Reichswahlvorschlage der Kreiswahlvorschlag verbunden werden soll. Sodann wird für je 60 000 auf den betreffenden Reichswahl-vorschlag gezählte Stimmen ein Kandidat des Reichswahl-vorschlages für gewählt erklärt. Ein schließlich dabei verbleibender Rest von über 30 000 Stimmen wird 60 000 Stimmen gleichgerechnet. Indessen hat das Wahlgesetz die Anordnung getroffen, daß auf einen Reichswahl-vorschlag nicht mehr Abgeordnete als gewählt erklärt werden dürfen, als auf die ihm angeschlossenen Kreis-wahlvorschläge entfallen sind. Gelingt es einer Partei nicht, wenigstens in einem Wahlkreise 60 000 Stimmen aufzubringen und so dort einen Abgeordneten zu erlangen, so würden ihr Hunderttausende von Stimmen beim Reichswahlvorschlage nichts nützen; sie müßten unberück-sichtigt bleiben.

Die Zahl der Abgeordneten, aus denen sich der Reichstag zusammensetzen wird, ist ganz unbestimmt.

Sie hängt von der Wahlbeteiligung und auch davon ab, ob die Reststimmen zu voller Geltung gelangen können. Die genaue Feststellung der auf die Verbands- und Reichs-wahlen entfallenden Mandate wird erst dann möglich sein, wenn die amtliche Ermittlung des Ergebnisses der Kreiswahlen erfolgt ist, da erst dann die Zahl der Reststimmen sicher vorliegt. Voraussichtlich wird aber durch die Verbands- und Reichswahlen nur ein ziemlich bescheidener Bruchteil der Abgeordnetenitze vergeben werden. Die Hauptentscheidung fällt in den Kreiswahlen, und sie wird sich am Tag nach der Wahl wohl schon ziemlich sicher übersehen lassen.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung

Unter dem Schweinebestande des Heinrich Wint, Luisenstraße 8 sind die Backsteinplatten ausgebrochen. Ueber das Grundstück ist die Gehöftsperrung verhängt.

### Betr. Ernteflächenhebung im Jahr 1920.

Zwecks Durchführung der auf Grund der Verordnung vom 29. April 1920 angeordneten Erhebung der Getreide und Kartoffel-Flächen werden die Anbauer von

Weizen,  
Roggen,  
Gerste,  
Hafer,  
Gemenge aus Getreide aller Art,  
Kartoffeln

hiermit aufgefordert, die Meldungen über die Anbau-flächen bis spätestens

Freitag, den 11. Juni ds. Js., vormittags 12 Uhr auf Zimmer 7 des Rathauses zu machen und mache ich noch auf das Nachstehende aufmerksam.

Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er nach Ziffer 1 angeführten Verordnung oder den zu ihrer Aus-führung erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder wer der Vorschrift im § 5 Abs. 3 der Verordnung zu-wider das Betreten der Grundstücke oder die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig die im Absatz 1 genannten Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Um Einhaltung des Termins wird dringend ersucht.

### Betr. Verleihung von Pferden.

Diejenigen Landwirte, welche für landwirtschaftliche Arbeiten Leihpferde der Bejagung wünschen, wollen dieses bis 7. ds. Mts., vormittags 12 Uhr, das Zimmer 7 des Rathauses anzeigen.

### Betr. Betreten des Exerzierplatzes.

Auf Grund einer Mitteilung der Befahungsbehörde mache ich darauf aufmerksam, daß das Betreten des Exerzierplatzes der Zivilbevölkerung, namentlich den Kindern streng verboten ist, da durch das Werfen der Handgranaten das Betreten des Platzes mit Lebensgefahr verbunden ist.

### Betr. Bekleidungsstoff.

Der Gemeinde stehen eine beschränkte Anzahl Frauen- und Kinderstrümpfe zum Preise von

|                           |                    |
|---------------------------|--------------------|
|                           | 4,75 bis 10,80 Mk. |
| Hemdentuch zum Preise von | 12,65 "            |
| Männer-Bekleidungsstoff   | 56,50 "            |
| Frauenstrümpfe            | 61,50 "            |

zur Verfügung. Mit Rücksicht auf die geringe Menge wird gebeten, den dringenden Bedarf bis Dienstag, den 8. ds. Mts., mittags 12 Uhr auf Zimmer 7 des Rathauses anzumelden.

### Verkauf von frischem Fleisch.

Der Verkauf von frischem Fleisch findet in den hiesigen Metzgereien von Samstag mittags 1 Uhr ab statt. Es werden auf die Vollkarte 125 Gramm Fleisch, zum Preise von Mk. 3.— ausgegeben.

Unter den Viehbeständen

1. des Wilhelm Lang, Bahnhofstr. 11
2. des Heinrich Gaul, Ludwigstr. 4

ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ueber die Grundstücke ist die Gehöftsperrung verhängt.

Schierstein, den 4. Juni 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessler.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungs-präsidenten vom 28. Mai d. Js. ist die Ausfuhr aller Hengsten und Stuten belgischen und nordfranzösischen Schlages, die zur Ablieferung an die Alliierten bestimmt sind und zu diesem Zwecke in die Musterungslisten aufgenommen waren, sowie der Handelsverkehr mit diesen Tieren ver-boten. Ebenso ist das Kastrieren von Hengsten verboten.

### Bekanntmachung.

Betr. Erhöhung der Wochenration von Kartoffeln.

Die Wochenration der Versorgungsberechtigten an Speisekartoffeln, welche lt. Verfügung vom 18. März

1920 auf 5 Pfund herabgesetzt wurde, wird mit Rücksicht auf die starke Zufuhr von Kartoffeln mit Wirkung vom 3. d. Mts. auf 7 Pfund erhöht.

Die Magistrate und Gemeindevorstände werden er-lucht, die Kartoffelausgabestellen anzuweisen, künftig auf jeden Wochenabschnitt 7 Pfund Kartoffeln auszugeben. Der sich hierdurch ergebende Mehrbedarf an Kartoffeln ist von den Gemeinden sofort bei der Kreisartoffelstelle anzumelden. An Haushaltungen, die eingetellert haben und die mithin infolge Fäulnis nicht ausreichen, dürfen pro Kopf des Haushaltes einmal 25 Pfund ausgegeben werden.

Wiesbaden, den 3. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses,  
J. W. gez. Schlitt.

**Die Krese. eines 68 Mt. großen  
Alcadars ist zu verkaufen.  
Romeleit, Wiesbaden  
Bismarckstraße 19.**

Für die zahlreichen Beweise  
freundlicher Anteilnahme anlässlich  
unserer Vermählung sagen herzlichen  
Dank

**Heinrich Capitain und Frau**

Klara geb. Hüsem

Für die vielen Beweise freundlicher  
Anteilnahme anlässlich unserer Vermählung  
sagen herzlichen Dank

**Nicolaus Oho und Frau**

Maria geb. Lemp.

Erinnere hiermit an die  
noch fälligen Steuern, da  
nach dem 10. d. Mts. mit  
dem Zwangsbeitreiben be-  
gonnen wird.

**Ludwig Weiß,  
Kath. Kirchenrechner.**

Ein guterhaltener

**Kinderwagen**

zu verkaufen. Näheres in der  
Geschäftsstelle.

**Sofort**

vom ersten Tag  
an muß man die  
neuen Schuhe  
pflegen, scho-  
nen u. erhalten

und das tut

**Erdal**

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz



# S.P. Filiale Schierstein.

Samstag, den 5. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im „Deutschen Hof“

## Öffentliche Wählerversammlung.

Referent: Reichstagskandidat Ditzmann, Frankfurt.

Wähler und Wählerinnen

überlegt für wen Ihr stimmt.

Drum auf zum Massenbesuch zur Versammlung Ditzmann.

Der Vorstand.

## Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Schierstein.

## Reichstagswähler!

Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“

Öffentliche

## Wählerversammlung!!

Tagesordnung:

1. Wem gebe ich meine Stimme!

2. Freie Aussprache!

Redner: Reichstagskandidat Hoch, Hanau.

Wähler und Wählerinnen! Es gilt die Entscheidung über euer Schicksal. Deshalb erscheint in Massen.

Der Vorstand.

## Grundstücksversteigerung

Montag, den 14. Juni, um 11 Uhr vorm.

lassen die Erben der verstorbenen Eheleute Fischer Johann Schröder, geb. Gähler zu Schierstein die nachstehend angeführten Grundstücke, im Grundbuch von Schierstein, Band 28, Blatt 818, im Sitzungssaal des hier, öffentlich freiwillig versteigern.

|                                   | Größe                                                                                       |  |
|-----------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| 1. Gartenblatt 21 Parzelle Nr. 41 | Acker Kallloch, 2. Gew. 22 ar 59 qm                                                         |  |
| 2. " 12 " 44                      | " Schöfberg 2. " 13 " 29 "                                                                  |  |
| 3. " 27 " 312/92                  | " Wohnhaus mit Hofraum u. Hausgarten Schweine- und Ziegenstall, Friedrichstr. 20. 1. " 67 " |  |
| 4. " 21 " 81                      | " Kallloch 1. Gew. 7 " 64 "                                                                 |  |
| 5. " 22 " 171                     | " Lach 2. " 7 " 34 "                                                                        |  |
| 6. " 21 " 57                      | " Kallloch 1. " 18 " 13 "                                                                   |  |

Versteigerungsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Schierstein, den 2. Juni 1920.

Das Ortsgericht:

Schmidt,

Ortsgerichtsvorsteher.

## Mittelstaadswahl

Deutscher Mittelstand! Wehr dich gegen Sozialisierung, Kommunalisierung und gegen alles, was die Existenz bedroht. Die Waffen nicht müde zur Seite. dich im Interesse des ganzen Reiches für unsere wirtschaftliche, nationale und sittliche Gesundheit, ist die Erhaltung der selbstständigen Mittelstände in Stadt und Land unser höchstes Ziel. Ohne Mittelstand keinen Aufbau. Darum ist die Politik der Deutschen Volkspartei auf den Schutz des Mittelstandes eingestellt. Die D. V. P. bekämpft das Sozialistengesetz, das Betriebsrätegesetz und die mittelstandsfeindliche Politik Erzbergers.

Wählt die Liste der

Deutschen Volkspartei!

## Rießer-Hepp!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp.

Montag, den 7. ds. Mts., abends 8 Uhr im Vereinslokal, Adolfsstraße 15, Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

## Biebricher Bank

eingetragene Genossenschaft m. b. H. Haftpflicht.

Wir laden hierdurch unsere Mitglieder zur

ordentlichen

## General-Versammlung

auf Donnerstag, den 10. d. J., abends 8 Uhr, in den kleinen Saal der Turnhalle (Kaiserplatz 13) ein und bitten um zahlreiche Beteiligung.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts pro 1919.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns pro 1919.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Theodor Hahmann.
5. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle des statutenmäßig ausgeschiedenen Herren Hr. Deuser, Reinhard Lauer und August Waldmann.
6. Wahl einer Einschätzungskommission von 3 Mitgliedern gemäß § 49 und 81 der Satzungen.
7. Bestimmung des Höchstbetrages sämtlicher die Genossenschaft belastenden Anleihen.
8. Festsetzung des Höchstbetrages des einem einzelnen Mitglied zu gewährenden Kredites.

Die Bilanz sowie die Jahresrechnung pro 1919 liegen vom 7. Juni ds. Js. ab in unserem Geschäftslokal während der Geschäftsstunden zur Einsicht unserer Mitglieder offen und es kann vom gleichen Termin ab daselbst der gedruckte Geschäftsbericht in Empfang genommen werden.

Biebrich a. Rh., den 26. Mai 1920.

Der Vorstand der Biebricher Bank.

G. G. m. b. H.

Sonntag, den 6. Juni 1920

im Saalbau „Deutscher Kaiser“

Große

## Unterhaltung mit Tanz

des Vergnügungsklubs „Dorelen“, wozu einladet

Der Vorstand.

## Ortsbauernschaft Schierstein

Samstag abend 8 Uhr

## Zusammenkunft

im „Rheingauer Hof“.

Der Vorstand.

## Ein Hochzeitsanzug

zu verkaufen. Näh. in der Geschäftsstelle.

## Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 6. Juni 1920.

9 $\frac{1}{2}$  Uhr Gottesdienst.

10 $\frac{1}{2}$  Uhr Kindergottesdienst.

Pfr. Cunz.

## Bibelstunde.

Sonntag, den 6. Juni.

Abends 8 Uhr

Bibelstunde.

Jedermann herzlich willkommen.

## Weinfässer

von 100-600 Liter, neu u. gebt. Rüferer Braun, Mainz, Rhinl. Straße 24, Telefon 2144.



# Wähler und Wählerinnen!

Ihr wählt den  
**Ersten Reichstag der deutschen Republik.**

Seid Ihr im Klaren darüber, wie dieser erste Reichstag des werdenden Deutschland aussehen muß, wenn er die Aufgaben erfüllen soll, die seiner warten.

Der neue Reichstag muß sein:

## Die Vertretung aller, die arbeiten wollen.

Die sozialistischen Parteien streben die Durchsetzung des Klassenprinzips mit aller Energie an. Die Mehrheitssozialdemokratie steht wohl auf dem Boden der Demokratie. Aber sie will nicht von ihrem **Erfurter Programm**, nicht vom Marxismus lassen, der nur eine Klasse kennt, nur für eine Klasse die Aufwärtsentwicklung will: für die Arbeiterklasse. Die Unabhängige Sozialdemokratie mit ihren radikalsten Fortsetzungen will die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat, die Diktatur des Proletariats. Damit wäre das werktätige, nicht sozialistische Bürgertum und die nicht sozialdemokratischen großen Teile der Arbeiterklasse und der Angestellten,

### dem Sozialismus ausgeliefert,

den sie ablehnen und bekämpfen müssen. Das vergangene Jahr hat aber den zwingenden Beweis erbracht, daß Deutschland, das dem wiedererwachten Willen der Arbeiterklasse zu tätigem Wiederaufbau Großes verdankt, nicht bestehen kann ohne die Mitarbeit des Unternehmers, des Kleinhandwerkers und der freien Berufe.

### Das werktätige Bürgertum hat ungeheuerliches vollbracht.

Es wird nimmer dulden, daß man es politisch ausschaltet oder bevormundet.

Der neue Reichstag wird ferner sein müssen:

## Die Vertretung aller, die Deutschland aufbauen wollen

aus Trümmern und Verfall zu einer neuen gesunden Wirtschaft und neuem kulturellem Leben: **Der Retter Deutschlands.** An seinem Willen müssen sich brechen alle Putschversuche derer von Rechts und von Links, alle gewaltsamen Störungen einer ruhigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Das hängt in der Hauptsache von seiner Zusammensetzung ab. Ein Anschwellen der radikalen Parteien brächte die ungeheure Gefahr erneuter Unruhen. Begehrlichkeit von Rechts hätte einen Sturm von Links zur Folge.

Die Ruhe und die stetige Vorwärtsentwicklung ist darum nur gesichert, wenn aus den Wahlen nicht die Parteien der Opposition, sondern die der Mitte möglichst stark und gefestigt hervorgehen.

Die Parteien der fruchtlosen und hemmenden Opposition sind: die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei im Bunde mit den Unabhängigen und Kommunisten.

Ihr Widerstand

gegen die Verfassung,  
gegen die Steuergesetzgebung,  
gegen einen Neubau unserer Wirtschaft  
hatte es verschuldet, daß wir im vergangenen Jahr nicht weiterkamen.

Der

**13. Januar 1920**

mit dem blutigen Aufbruch vor dem Reichstag und der

**13. März 1920**

mit dem Kapp-Putsch sind die Tage ihrer Kriegserklärung an das zerschlagene Deutschland gewesen, das sich mit allen Kräften wieder-aufzurichten den Willen hatte.

Alle Vorwürfe, die sie den Koalitionsparteien heute machen, fallen auf sie selbst zurück. Keiner ihrer Versprechungen von heute darf das deutsche Volk glauben schenken.

## Die Reaktion kann uns nicht aufwärts führen!

Es fehlt ihr:

das Vertrauen der Arbeiterschaft,  
ohne die ein Wiederaufbau unmöglich ist;  
das Vertrauen des werktätigen Bürgertums,  
ohne das Deutschland zu Grunde gehen muß,  
das Vertrauen des demokratischen Auslandes,  
dem gegenüber wir die Revision des Friedens von Versailles durchsetzen müssen.

Es fehlt der Reaktion, das heißt der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei jede Möglichkeit, Deutschland zu führen. Der Weg, auf dem sie führen, müßte im Chaos enden.

Führen kann nur die Partei, die auch unter den schwierigen Verhältnissen des vergangenen Jahres positive Arbeit geleistet hat.

Im neuen Reichstag wird

## die Deutsche demokratische Partei

sich einsetzen

für ein nicht zentralistisches, aber ein einheitliches Deutsches Reich mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Stämme; für die Durchführung der reinen Demokratie in der Verwaltung unter entschiedenster Bekämpfung der Krippenjügerei und Korruption, für die Berufung nur der Tüchtigen in die Regierung und Verwaltung.

Für die Entfaltung aller gesunden wirtschaftlichen Kräfte, den Schutz aller ehrlichen Arbeit; für Wiederbelebung der Produktion; für eine rücksichtslose Bekämpfung des Schiebertums und des Wuchers — auch durch Abbau der Zwangswirtschaft.

Wir treten ein für eine Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit, Durchdringung der ganzen Wirtschaftspolitik mit dem Gedanken der Solidarität aller Volksgenossen und der Arbeit.

Für schnelle und energische Durchführung des verfassungsmäßigen Aufbaues des deutschen Bildungswesens nach dem Grundsatz der Befreiung der Bildungsauslese von den Zufälligkeiten des Standes und der wirtschaftlichen Stellung; für Achtung der religiösen Überzeugung und der geistigen Freiheit; Erziehung des Volkes zur richtigen Wertung geistiger Arbeit als der Kraft der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Führung; für körperliche Ertüchtigung.

Wir unterstützen jede auf Förderung der Landwirtschaft gerichtete Politik im Sinne der Bestrebungen des deutschen Bauernbundes. Landwirte, die ihr in den Bauernschaften organisiert seid, werdet kein Opfer des vielversprechenden Stimmensanges der Rechtsparteien, welche die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten.

In der Außenpolitik fordern wir den wahren Völkerbund, der Deutschland nicht erdroffelt, sondern in seinem ganzen nationalen Verband einigt, Revision des Friedens von Versailles und St. Germain, eine gegenseitig sich stützende Völkerordnung; Erhaltung und Stärkung alles bedrohten Deutschtums auch außerhalb des Reiches.

### Deutsche Männer und Frauen!

Das ist unser Wille, der politische Wille der Deutschen Demokratischen Partei, die viel umkämpft, ein Jahr lang schwere und ehrliche, aber auch fruchtbare Arbeit getan hat. Viel Feind, viel Ehr! Die gehässige Gegnerschaft der Rechtsparteien gegen uns ist uns der Beweis dafür, daß sie in der

## deutschen demokratischen Partei

die entschiedene und erfolgreiche Gegnerin der Reaktion, die Partei der Sammlung aller wahrhaft Nationalen, die Partei der großen Verbekraft und der Zukunft sehen.

Wer will, daß Deutschland

## vormwärts und aufwärts

geführt werde, der gebe seine Stimme der

# Deutschen demokratischen Partei

und stimme für die Liste mit den Namen:

Prof. Schüßling Landwirt Trißmann Minister a. D. Breuß Pfarrer Philippi